

Das Geschlechtsleben der Staatsrechnung

von Gabriella Matefi

Dieser Artikel erschien im Forumsteil der Basler Zeitung vom 1. März 2002.

Im englischsprachigen Raum gibt es seit einigen Jahren den Begriff "Engendering budgets". "Gender" meint jedoch, im Gegensatz zum deutschen "Geschlecht", ausschliesslich das soziale Geschlecht und nicht auch das biologische (Englisch: sex). Deshalb ist der Begriff "engendering Budgets" kein anzüglicher, sondern ein sehr ambitionierter Prozess. Es geht darum, herauszufinden, wie sich Einnahmen und Ausgaben des Staates auf Frauen und Männer auswirken.

(K)Eine feministische Erfindung?

Die grundsätzliche Idee, demokratische Transparenz in Bezug auf staatliches (oder privates) Finanzverhalten zu schaffen, ist freilich keine feministische Erfindung. Vor nicht allzu langer Zeit hat in dieser Zeitung ein Basler Professor eine allgemein verständliche Berichterstattung zur staatlichen Jahresrechnung postuliert. Auch Banken werben je länger je mehr mit ökologisch oder sozialverträglich angelegtem Geld. Ob sich eine Firma oder ein Staatswesen ökologisch bzw. sozialverträglich verhält, muss jedoch mit Indikatoren gemessen werden können. Schliesslich erfordern auch Konzepte wie das "New Public Management" Instrumente, mit welchen staatlichen Leistungen kontrolliert werden können. Welcher Aufwand wird investiert, wem kommt er zugute?

Warum braucht es den geschlechtsspezifischen Blick?

Für die Notwendigkeit, den geschlechtsspezifischen Blick auf ökonomische und budgetäre Prozesse zu richten, gibt es zwei Gründe:

1. Die unterschiedliche Lebensrealität von Frauen und Männern führt dazu, dass diese Budgetprozesse sie unterschiedlich berühren. Beispiel: wird Geld in Kinderkrippen investiert, so kommt diese Leistung primär den Kindern und indirekt den Eltern zugute. Da jedoch in der Realität nach wie vor überwiegend Frauen für die Betreuung von Kindern zuständig sind (90% der Haushalte), bedeutet die Investition in Kinderkrippen für Frauen einen einfacheren Zugang zur Erwerbstätigkeit und damit zur ökonomischen Selbstständigkeit. Wird hingegen Geld in Strassen investiert, so fördert dies die Erwerbs- und Mobilitätsmöglichkeiten von Männern, da - statistisch erwiesen - Männer mehr Auto fahren als Frauen.
2. Der geschlechtsspezifische Blick muss sich auch darauf konzentrieren, wie Veränderungen beim Finanzgebaren sich auf Frauen und Männer auswirken. Hierzu wiederum zwei Beispiele: Werden Patientinnen und Patienten aus Kostenspargründen früher aus dem Spital entlassen, so müssen sie zu Hause vermehrt betreut werden. Die Betreuungsperson ist in den allermeisten Fällen weiblich. Für Arbeitslose Weiterbildungskurse anzubieten, ist zweifellos eine soziale Errungenschaft. Diese entpuppen sich freilich als Männerförderungs- Massnahme, wenn sie ausschliesslich ganztägig angeboten werden. Denn all jene Frauen, die Kinder betreuen und deswegen lediglich eine Teilzeitstelle suchen (rund 50% der erwerbstätigen Frauen), können von diesen Kursen nicht profitieren.

Bereits diese kleinen Beispiele zeigen, dass insbesondere die real existierende, ungleiche Verteilung der unbezahlten Haus- und Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern zu sehr unterschiedlichen Auswirkungen von staatlichem Finanzgebaren auf Frauen und Männer führt. Ungefähr die Hälfte der in unserer Gesellschaft geleisteten Arbeit ist nicht bezahlte Arbeit. Ohne diese Arbeit könnte keine Gesellschaft überleben. Trotzdem findet sie in den landläufigen ökonomischen Kennzahlen keinen Niederschlag. Eine Ökonomie, die den Geschlechteraspekt mitdenkt und mitaufzeigt, muss sich aus diesem Grund auch mit der "Betreuungswirtschaft", der so genannten "care economy" befassen.

Basel: Pionierstadt bei Entwicklung von Analyseinstrumenten

Bis heute gibt es keine öffentliche Rechnungslegung, die aufzeigt, wie sich staatliches Ausgabeverhalten auf bestimmte soziale Gruppierungen oder Strukturen auswirkt. Möglich ist eine derartige Analyse erst, wenn ein Instrument vorliegt, welches darlegt, wem welche staatliche Leistung zugute kommt. Aus diesem Grund hat der Grosse Rat im

Jahr 2000 einem Budgetantrag von Sibylle Schürch zugestimmt, der die Weiterentwicklung eines vom Berner Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass) entwickelten Analyseinstruments ermöglichen soll. Das Statistische Amt hat zusammen mit dem Gleichstellungsbüro und dem Frauenrat eine Datenerfassung (so genannte Inzidenzanalyse) entwickelt, die aufzeigt, wie sich die staatlichen Ausgaben nach Alter, Nationalität und Geschlecht auf die Bewohnerinnen und Bewohner als "Kundschaft" im Sinne des New Public Management verteilen. Nicht zuletzt können diese Zahlen auch als Grundlage zur Formulierung staatlicher Leistungsaufträge verwendet werden.

Basel-Stadt nimmt mit der Entwicklung dieser Analysen schweiz- und europaweit eine Pionierstellung ein. Mit diesen Zahlen lassen sich in einem nächsten Schritt sozialökonomische Analysen und geschlechtsspezifische Interpretationen vornehmen, wie sie in einzelnen Budgetsektoren in Südafrika, Australien oder Kanada bereits bekannt sind. Das Besondere am Basler Ansatz ist jedoch, dass als Grundlageinstrument eine flächendeckende Erfassung und Zuordnung sämtlicher Ausgaben (und Einnahmen) vorliegt.